



DETAMUN'24
SICHERHEITSRAT
HANDBUCH

INHALTSVERZEICHNIS

Schreiben der Generalsekretärin.....	3
<u>Tagesordnungspunkt 1 - Situation in der Ukraine.....</u>	<u>4</u>
Einleitung.....	4
Hintergrund und Grundsätzliches.....	4
Aktuelles.....	5
Probleme und Lösungsansätze.....	6
Punkte zur Diskussion.....	7
Glossar.....	7
Quellenverzeichnis.....	8
<u>Tagesordnungspunkt 2 - Situation in Palästina.....</u>	<u>9</u>
Einleitung.....	9
Hintergrund und Grundsätzliches.....	9
Aktuelles.....	10
Probleme und Lösungsansätze.....	11
Punkte zur Diskussion.....	13
Glossar.....	13
Quellenverzeichnis.....	14

von Celina Çağlan

Schreiben der Generalsekretärin

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

als Generalsekretärin der DETAMUN'24 ist es mir eine große Freude, Sie zur sechsten offiziellen Sitzung unserer Konferenz zu begrüßen. Dieser Moment markiert das Ergebnis eines intensiven Jahres voller akademischer und organisatorischer Vorbereitungen durch unser engagiertes Team.

Im Verlauf der Jahre hat sich die DETAMUN zu einer Plattform entwickelt, die es den Teilnehmern ermöglicht, nicht nur ihr Verständnis für globale Angelegenheiten zu vertiefen, sondern auch wertvolle zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen.

Mit dem Jahr 2024 stehen wir vor neuen Herausforderungen und spannenden Themen, die es zu erkunden gilt. Als Generalsekretärin stehe ich voll und ganz hinter Ihnen und ermutige Sie, sich aktiv an Diskussionen und Verhandlungen zu beteiligen.

DETAMUN ist nicht nur eine Konferenz; sie ist ein Ort der Begegnung, des Lernens und des Wachstums. Möge diese Sitzung uns nicht nur neue Erkenntnisse bringen, sondern auch Freundschaften schmieden und Erinnerungen schaffen, die ein Leben lang halten.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen eine inspirierende und erfolgreiche Konferenz zu erleben.

Mit den besten Grüßen,

Ayçıl Kapar

Generalsekretärin der DETAMUN'24

TAGESORDNUNGSPUNKT 1 - SITUATION IN DER UKRAINE

1. Einleitung

Der Russisch-Ukrainischer Krieg begann Ende Februar 2014 und hat ab Ende Februar 2022 gewachsen. Es ist ein aktueller Krieg, das Media darauf ziemlich reagiert und in den viele Ländern einmischen. Sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft leiden stark unter diesem Krieg. Ab Januar 2021 belaufen sich die gesamten menschlichen Opfer im Kampf nach Angaben der Vereinten Nationen auf 13.100 bis 13.300 Menschen. Diese Zahl umfasst 3.375 zivile Tote, etwa 4.150 ukrainische Militär Tote und etwa 5.700 pro-russische Kämpfer. Etwa 1,8 Millionen Menschen wurden zu Binnenvertriebenen und besetzten mehr als 7 % des Territoriums der Ukraine. Am 27. Januar 2015 erkannte die Werchowna Rada der Ukraine die Russische Föderation als Angreifer an. Familien sind zerbrochen und Menschen müssen wegen des Krieges migrieren. Die Kinder und Frauen zerrütteter Familien werden allein gelassen, ohne Obdach und hungern. Alle Länder sollen sich bewegen, um dieses Situation in der Ukraine zu lösen.

2. Hintergrund und Grundsätzliches

Im Jahr 2003 unterzeichneten die Präsidenten Putin und Kutschma in Kiew das russisch-ukrainische Grenzabkommen und regelten damit die einzige unbestimmte Grenze in Kertsch. Spätestens Ende 2004 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern rapide: Bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl besiegte der pro-westliche Kandidat Wiktor Juschtschenko den von Putin unterstützten Kandidaten Wiktor Janukowitsch. Sowohl 2006 als auch 2009 stoppte Russland im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine vorübergehend die Gaslieferungen an die Ukraine, und schließlich wurde Janukowitsch im Februar 2010 zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Ab August 2013 führte das von ihm zunächst angestrebte Assoziierungsabkommen mit der EU zu wachsenden Spannungen zwischen der Ukraine und Russland. Putin sah in dem Deal Pläne zur Erweiterung der Zollunion mit Weißrussland und Kasachstan durch den Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Union gefährdet. Trotz Druck aus Moskau und hohen Erwartungen seitens der EU hielt Janukowitschs Regierung zunächst an der Vereinbarung fest. Da das Land jedoch in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckte und niemand in der EU es ernst nahm, änderte es seine Haltung zum Assoziierungsabkommen mit der EU.

Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow verlegte 1954 die Krim, Heimat der russisch-sowjetischen Schwarzmeerflotte, von der russischen SFSR an die ukrainische SSR. Dieses Ereignis wurde als triviale "symbolische Geste" angesehen, da beide Republiken Teil der Sowjetunion waren und der Regierung in Moskau unterstanden. Die Autonomie der Krim wurde 1991 nach einem Referendum kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wiederhergestellt.

Obwohl die Ukraine seit 1991 ein unabhängiger Staat ist, wurde die Ukraine als ehemalige Sowjetrepublik von Russland als Teil seiner Einflussosphäre wahrgenommen. In Bezug auf die Ukraine argumentieren Iulian Chifu und seine Co-Autoren, dass Russland einer modernisierten Version der Breschnew-Doktrin über „begrenzte Souveränität“ folgt, die besagt, dass die Souveränität der Ukraine nicht größer sein kann als die des Warschauer Pakts vor dem Untergang der sowjetischen Sphäre beeinflussen. Diese Behauptung basiert auf Äußerungen russischer Führer, dass die mögliche Integration der Ukraine in die NATO die nationale Sicherheit Russlands gefährden würde.

3.Aktuelles

Krieg; Sie begann 2014 und wuchs im Februar 2022, nachdem der nach Euromaidan entlassene ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch Russland wegen der Spannungen auf der Krim aufgefordert hatte, Truppen in die Region zu entsenden. Dieser Krieg umfasst Russlands Annexion der Krim (2014), den Donbass-Krieg (seit 2014), Cyber-Kriegsführung und politische Spannungen. Mit der Behauptung, Russland schütze seine geopolitischen Interessen in der Region, seine Bürger und eingesetzten Soldaten, erhielt Präsident Wladimir Putin die parlamentarische Zustimmung für die Intervention. Am 24. Februar 2022 gab der russische Staatschef Putin im Fernsehen bekannt, dass sie mit der Invasion der Ukraine begonnen hätten und die russische Armee gab bekannt, dass sie Raketenangriffe auf militärische Einrichtungen durchgeführt habe.

Am 29. August startete die Ukraine im Osten und Süden des Landes eine groß angelegte Gegenoffensive. Innerhalb weniger Tage gelang es den ukrainischen Truppen, vormals besetzte Gebiete zurückzuerobern. Wo die Fronten in der Ukraine verlaufen, können Sie auf unserer fortlaufend aktualisierten Karte sehen. Der russische Präsident Wladimir Putin reagierte Ende September mit einer Annexion der vier russisch kontrollierten Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson, nachdem dort völkerrechtswidrige Scheinreferenden durchgeführt wurden. Die Ukraine beantragte daraufhin einen beschleunigten Beitritt zum westlichen Verteidigungsbündnis Nato. Ende Juni erhielt die Ukraine den Kandidatenstatus für einen EU-Beitritt. Zahlreiche westliche Verbündete liefern der Ukraine schwere Waffen zur Verteidigung, auch Deutschland. Sie solidarisieren sich mit der Ukraine, lehnen ein direktes Eingreifen in den Krieg jedoch ab. Putin spricht der Ukraine ihr Existenzrecht ab. Ohne Beweise beschuldigt er die Regierung, einen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung der Ostukraine zu planen, und wirft der Nato und der Ukraine Provokationen vor.

Reaktionen internationaler Organisationen

Vereinte Nationen

Am 17. März 2014 verurteilte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die Gewalt in der Ostukraine. Es forderte alle Beteiligten auf, auf Gewalt zu verzichten und am gewaltfreien und nationalen Dialog festzuhalten, um eine politische und diplomatische Lösung zu finden.

Europäische Union

Vor dem Wintereinbruch 2022 stellt sich die Frage: Werden die Staaten der Europäischen Union der Ukraine helfen, wenn dem vom Krieg zerrütteten Land das Gas ausgehen sollte und die Menschen frieren müssten? Die Ukraine ist kein EU-Mitglied und die westlichen Staaten wollen ihre Industrien retten, auch wenn die russischen Gaslieferungen nach Europa gänzlich ausbleiben sollten.

NATO

Während die Nato 1997 noch 100.000 Soldaten in Europa stationiert hatte, war diese Zahl 2014 auf 25.000 gesunken. Im März 2014 begannen die NATO-Krise Überwachungsflüge in Polen und Rumänien. Am 23. März 2014 sagte NATO-Oberbefehlshaber Philip Breedlove, dass die russischen Streitkräfte an der ukrainischen Grenze so stark seien, dass sie eine Bedrohung für die ehemalige Sowjetrepublik Moldau im Konflikt um die separatistische Region Transnistrien darstellen könnten. Das Bündnis muss den Einsatz und die Einsatzbereitschaft seiner Streitkräfte berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die baltischen Staaten. Im April 2014 setzte die NATO als Reaktion auf die Krimkrise die praktische zivile und militärische Zusammenarbeit mit Russland aus. Allerdings sollten die politisch-diplomatischen Beziehungen beispielsweise im Rahmen des NATO-Russland-Rates gepflegt werden.

4. Probleme und Lösungsansätze

1-) Auswirkungen auf die Einwohner

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine führte zu Zwangsmigration und Millionen von Menschen mussten ihren Wohnort verlassen. Die Tatsache, dass ein Waffenstillstand lange Zeit nicht erreicht werden konnte und die Siedlungen Ziel von Angriffen waren, machte die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung zu einem wichtigen Tagesordnungspunkt. Humanitäre Korridore spielen eine wichtige Rolle bei der sicheren Abreise kriegsgeschädigter Bevölkerungsgruppen aus der Region, bei der Zusammenführung gefährdeter Gruppen mit humanitärer Hilfe und bei der Bereitstellung sozialer Dienste. Der Beruf der Sozialen Arbeit spielt eine wichtige Rolle, um das Wohlergehen und die soziale Funktionsfähigkeit von zugewanderten Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und kriegsbedingte Menschenrechtsverletzungen zu minimieren. Ziel dieser Studie ist es, die erzwungene Migration infolge des Russland-Ukraine-Krieges im Kontext der humanitären Korridore und der Disziplin der Sozialarbeit zu bewerten. Das Social Service Network for Peace wurde gegründet, um im Rahmen gemeinsamer Ziele Studien zum Schutz und zur Stärkung der vom Russland-Ukraine-Krieg betroffenen Bevölkerung durchzuführen. Dieses Netzwerk koordiniert Fachleute und Gemeinschaften, um auf die Bedürfnisse von gewaltsam vertriebenen Flüchtlingen zu reagieren und der verbleibenden Bevölkerung im Land zu helfen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Studie die Praktiken aller im Bereich der humanitären Hilfe tätigen Fachleute, insbesondere der im Bereich der Migration tätigen Sozialarbeiter, beleuchtet wird. Die Menschen in der Ostukraine befinden sich direkt im Konfliktgebiet. Dort brauchen sie Nahrung, Wasser, Bargeld und psychosoziale Hilfe. In der Westukraine versammeln sich Familien in Notunterkünften, wo sie sich nach der Flucht ausruhen können, bis sie weiter nach Westen und in andere Länder reisen können. Einige wollen einfach abwarten, was in der Zukunft passiert, zumindest bis sie nach Hause kommen. Da Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren rekrutiert werden, sind die meisten Vertriebenen Frauen und Kinder. Die Männer müssen sich von ihren Familien verabschieden, dann gehen die Frauen und Kinder in eine sehr ungewisse Zukunft.

2-) Friedensbemühungen und Einigungsversuche

Genfer Erklärung vom April 2014

Bei den „Genfer Gesprächen“ am 17. April 2014 zwischen den USA, Russland, EU-Außenbeauftragten und dem Interimsaußenminister der Ukraine wurde eine Einigung erzielt, die darauf abzielt, die Spannungen zu deeskalieren und die Sicherheit für alle Bürger wiederherzustellen. . Alle illegalen bewaffneten Gruppen in allen Regionen der Ukraine müssen entwaffnet und besetzte Gebäude, Straßen und Plätze geräumt werden. Alle Parteien wurden aufgefordert, auf Gewalt zu verzichten, und für alle nicht zum Tode verurteilten Teilnehmer wurde Amnestie ausgesprochen. OSZE-Beobachter werden eine führende Rolle bei der Unterstützung der ukrainischen Behörden bei der Umsetzung von Deeskalation Schritten spielen. Es wurde zu einem „dringenden, breiten nationalen Dialog“ aufgerufen. Der zuvor beschriebene Verfassungsprozess wird transparent sein und niemanden ausschließen. Die Teilnehmer betonten die Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Ukraine. Wenige Tage später formulierten die Separatisten den Rücktritt der Regierung als Bedingung für die Abrüstung. Auf der Jahrestagung des Europäischen Rates Anfang Mai 2014, an der die Außenminister Russlands und der Ukraine, Sergej Lawrow und Andriy Deschytzia, teilnahmen, wurde empfohlen, vor Mai eine zweite „Genfer Konferenz“ abzuhalten, um die Differenzen beizulegen. 25 Wahltermine. Lawrow forderte, dass auch pro-russische Aktivisten eingeladen würden, aber der ukrainische Außenminister lehnte ab.

"Runder Tisch"

Am 13. Mai 2014 flog Bundesaußenminister Steinmeier zu Vermittlungsgesprächen zur Einrichtung eines „Runden Tisches“ nach Kiew. Das erste der geplanten Gespräche fand am 14. Mai unter der Schirmherrschaft der OSZE und unter der Leitung des ehemaligen deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger statt. Die Kiewer Regierung hatte Experten aus der ganzen Ukraine eingeladen, aber keine Vertreter der Separatisten – selbst wenn sie eingeladen wären, so Wolfgang Ischinger – würden nicht kommen. Die Teilnehmer des ersten runden Tisches, der zweieinhalb Stunden dauerte, waren: Interimspräsident Oleksandr Turchynov, Premierminister Arsenij Jatsenyuk, ehemalige Premierministerin Julia Timoschenko, OSZE-Moderator Wolfgang Ischinger, ehemalige Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma und Leonid Kravchuk und Führer der Partei der Regionen Oleksandr Yefremov im ukrainischen Parlament. Am 17. Mai fand das zweite Rundtischgespräch in Charkow ohne Ergebnisse statt. Die dritte Sitzung fand am 21. Mai in Mykolajiw statt. Arsenij Jazenjuk lehnte bei diesem Treffen bilaterale Gespräche mit Russland ab und sagte, dass Gespräche wie in Genf allenfalls unter Beteiligung der USA geführt werden könnten.

Verhandlungen des Protokolls von Minsk („Minsk I“)

Am 2. September 2014 traf sich erstmals eine dreigliedrige OSZE-Kontaktgruppe, bestehend aus der Ukraine, Russland und Vertretern der OSZE, in Minsk, Weißrussland. An diesem Treffen nahmen auch Vertreter der Separatisten von Donezk und Lugansk teil. Medienberichten zufolge haben sich die Präsidenten Poroschenko und Putin am 3. September, wenige Tage vor dem Nato-Gipfel und neuen westlichen Sanktionen, telefonisch auf einen Waffenstillstand geeinigt. Doch Peskow, Putins Pressechef, widersetzte sich sofort. Er sagte, da Russland nicht in den Konflikt im Donbass verwickelt sei, könne es sich nicht direkt auf einen Waffenstillstand einigen. Aus der Ukraine kam umgehend Einspruch: „Dies ist ein Plan, die Ukraine zu zerstören und die Sowjetunion wieder aufzubauen“, sagte Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk am 3. September 2014 in Kiew.

5. Punkte zur Diskussion

- Wie soll der generelle Frieden in Ukrain sichergestellt werden?
- Sollen die Vereinten Nationen etwas gegen Russland unternehmen?
- Wie können die Lebensbedingungen der Ukrainischer verbessert werden?
- Wie kann die Weltöffentlichkeit auf die Situation in Ukrain aufmerksam gemacht werden?
- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Sicherheitsprobleme weltweit zu lösen?
- Wie können die Staaten die Frauen und Kinder, die vom Krieg betroffen helfen?

6. Glossar

-e Grenze: Geländestreifen, der politische Gebilde (Länder, Staaten) voneinander trennt

-e Friedensbemühung: Als Friedensbewegung bezeichnet man soziale Bewegungen, die Kriege, Kriegsformen und Kriegsrüstung aktiv und organisatorisch verhindern und den Krieg als Mittel der Politik ausschließen wollen.

-e Evakuierung : Als Evakuierung wird das Räumen von Gebieten bezeichnet. Meist findet sich der Begriff im Zusammenhang mit Gefahrenstellen wie Katastrophengebieten, zum Beispiel Überschwemmungen, Bränden oder Bombenalarmen.

-e Zivilbevölkerung: Derjenige Teil der Bevölkerung, der nicht den regulären oder irregulären Streitkräften der in einem bewaffneten Konflikt beteiligten Konfliktparteien angehört und der keines der Erkennungszeichen dieser Streitkräfte benutzt.

-e Deeskalation: Deeskalation ist im Konfliktmanagement eine Strategie, Konflikte oder Gewalt stufenweise abzubauen oder zu verhindern. Gegensatz ist die Eskalation.

-r Gasstreit: Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine ist ein jahrzehntelanger Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der sich um Fragen der Gasversorgung der Ukraine und des Transits nach Europa dreht.

-s Assoziierungsabkommen: Assoziierungsabkommen sind internationale Abkommen, in denen sich der Vertragspartner an eine internationale oder supranationale Gemeinschaft bindet, aber kein (Voll-)Mitglied der Gemeinschaft ist und Rechte und Pflichten auf den jeweiligen Partner übertragen werden.

-e Souveränität: Souveränität oder Beherrschung ist die Macht, über ein Stück Land oder Raum zu herrschen, und die Macht, Gesetze zu schaffen. Diese Macht drückt einen legalisierten oberen Willen aus, der von der politischen Macht auferlegt wird. Souveränität bezieht sich auch auf alle Befugnisse eines Staates über sein Territorium und seine Staatsangehörigen.

-r Waffenstillstand: Waffenstillstand oder Waffenstillstandsabkommen ist das endgültige Waffenstillstandsabkommen, eine Abrüstung, die Konflikte in Kriegen beendet. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands wird ein Friedensvertrag unterzeichnet, in dem die Fragen, insbesondere die territorialen Forderungen, gelöst oder geregelt werden.

7. Quellenverzeichnis

- *Ukraine-Krieg - eroberte Kampfpanzer der Russen* <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/ukraine-nasams-flugabwehrsystem-kiews-schutzschild-gegen-russlands-luftangriffe-waechst-a-3dd50519-1359-4897-b262-6265f3b72e64>
- *Angriffe in Cherson und Donezk, Plünderungen in der Südukraine* <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-11/ukraine-ueberblick-cherson-stabilisierung-ostukraine-angriff>
- *Russisch-Ukrainischer Krieg* https://de.wikipedia.org/wiki/Russisch-Ukrainischer_Krieg
- *Was ist die aktuelle Lage in der Ukraine?* https://de.rescue.org/artikel/ukraine-russland-krise-was-ist-los?gclid=Cj0KCQiApb2bBhDYARIsAChHC9skatzcAwy5nUJUvFm3ZDWvEy8iRKfjMuWcEvQjdLddbdtWx8tFfpEaAifuEALw_wcB
- *“Die Ukrainer und der „Große Vaterländische Krieg“: Die Komplexität der Kriegsbiographien”* Tanja Penter Uni -Heidelberg https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/18037/1/Penter_Die_Ukrainer_und_der_grosse_vaterlaendische_Krieg.pdf
- *Die »belarusische« Propaganda in der Berichterstattung über den russisch-ukrainischen Krieg* Andrei Yeliseyev (EAST Centre – Eurasian States in Transition Research Center, Warschau) <https://laenderanalysen.de/api-v2/belarus-analysen/60/BelarusAnalysen60-die-%C2%BBbelarusische%C2%AB-propaganda-in-der-berichterstattung-ueber-den-russisch-ukrainischen-krieg-yeliseyev-2022.pdf>

TAGESORDNUNGSPUNKT 2 - SITUATION IN PALÄSTINA

1. Einleitung

Der jahrzehntelange israelisch-palästinensische Konflikt erregt weiterhin weltweite Aufmerksamkeit und Besorgnis. Der Konflikt hat seine Wurzeln tief in historischen, religiösen und territorialen Streitigkeiten und hat sich zu einem langwierigen Kampf zwischen Israelis und Palästinensern um Land, Souveränität und Identität entwickelt. Wie der Russisch-Ukrainische Krieg erregte auch der Konflikt große Medienaufmerksamkeit und internationales Engagement, wobei verschiedene Interessengruppen versuchten, zu vermitteln und eine Lösung für die anhaltenden Feindseligkeiten zu finden. Beide Gesellschaften leiden unter den Folgen dieses anhaltenden Konflikts: wirtschaftliche Schwierigkeiten, gesellschaftliche Spaltungen und humanitäre Krisen, die Millionen von Menschenleben beeinträchtigen. Die Opferzahlen des Konflikts sind hoch, die Verluste auf beiden Seiten nehmen zu und eine beträchtliche Zahl von Zivilisten geriet ins Kreuzfeuer. Jüngsten Daten zufolge hat der Konflikt zu Vertreibungen, Todesfällen und dem Zerfall von Familien geführt, wodurch viele Menschen obdachlos und schutzlos geworden sind, insbesondere Kinder und Frauen. Es sind dringend internationale Maßnahmen erforderlich, um die Grundursachen des Konflikts anzugehen und den Weg für ein nachhaltiges Friedensabkommen zu ebnen, das die Rechte und Sicherheit sowohl der Israelis als auch der Palästinenser gewährleistet.

2. Hintergrund und Grundsätzliches

1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Plan zur Aufteilung des von Großbritannien regierten Palästina in getrennte jüdische und arabische Staaten mit Jerusalem als internationaler Stadt. Im folgenden Jahr erklärte Israel seine Unabhängigkeit, was zu einem Krieg mit den arabischen Nachbarstaaten und der Vertreibung Hunderttausender Palästinenser führte. Seitdem ist der Konflikt zwischen Israel und Palästina von einer Reihe von Kriegen, Aufständen und Friedensbemühungen geprägt, für die es keine dauerhafte Lösung gab.

Im Jahr 1967 besetzte Israel während des Sechs-Tage-Krieges das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und den Gazastreifen, was die Situation noch komplizierter machte. Trotz internationaler Forderungen an Israel, sich aus diesen Gebieten zurückzuziehen, dehnten sich die Siedlungen weiter aus, was den Unmut der Palästinenser verschärfte und die Spannungen anheizte.

Friedensbemühungen, einschließlich der Oslo-Abkommen der 1990er Jahre, zielten darauf ab, einen Rahmen für die palästinensische Selbstverwaltung und schließlich die Eigenstaatlichkeit zu schaffen. Das Versäumnis, Kernthemen wie Grenzen, Flüchtlinge und den Status Jerusalems anzugehen, führte jedoch zu erneuter Gewalt und Stillstand.

In den letzten Jahren versuchten diplomatische Initiativen wie der „Deal des Jahrhunderts“ der Trump-Regierung, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, stießen jedoch bei der palästinensischen Führung auf Skepsis und Ablehnung. Unterdessen haben Israels fortgesetzte Siedlungserweiterungs- und Annexionspläne die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Lösung weiter geschmälert.

Die Situation wird durch regionale Rivalitäten verschärft, darunter die Kontrolle der Hamas über Gaza und der Einfluss des Iran und anderer Akteure. Die humanitären Bedingungen im Gazastreifen haben sich unter

der israelischen Blockade verschlechtert, während palästinensische Gemeinden im Westjordanland mit anhaltender Vertreibung und Landbeschlagnahme konfrontiert sind.

Trotz gelegentlicher Waffenstillstände und Gespräche bleiben die zugrunde liegenden Probleme ungelöst und setzen einen Teufelskreis aus Gewalt und Leid für Israelis und Palästinenser fort. Die internationalen Bemühungen um eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konflikts gehen weiter, doch der Weg zum Frieden bleibt angesichts tiefsitzender Missstände und konkurrierender Narrative ungewiss.

3. Aktuelles

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist seit Jahrzehnten eine Quelle anhaltender Spannungen und Gewalt, wobei periodische Eskalationen die ohnehin schon instabile Situation noch verschärfen. Der Konflikt umfasst eine Vielzahl von Faktoren, darunter territoriale Streitigkeiten, religiöse Unterschiede und konkurrierende nationale Narrative.

Ein bedeutender Wendepunkt ereignete sich im Jahr 2000, als die Friedensverhandlungen in Camp David nicht zu einer endgültigen Einigung zwischen israelischen und palästinensischen Führern führten. Dieser Zusammenbruch führte zu einem Wiederaufleben der Gewalt, einschließlich der Zweiten Intifada, die durch Selbstmordattentate, Militäreinsätze und weit verbreitete Unruhen gekennzeichnet war.

Im Sommer 2014 erreichten die Spannungen nach der Entführung und Ermordung von drei israelischen Teenagern im Westjordanland ihren Höhepunkt, woraufhin als Vergeltung ein palästinensischer Teenager in Jerusalem getötet wurde. Diese tragische Abfolge von Ereignissen löste einen tödlichen Kreislauf der Gewalt aus, der in einem 50-tägigen Krieg zwischen Israel und der Hamas, der militanten Gruppe, die den Gazastreifen kontrolliert, gipfelte. Der Konflikt führte zu erheblichen Verlusten, weitreichenden Zerstörungen und einer humanitären Krise in Gaza, wo die zivile Infrastruktur schwer beschädigt wurde.

Bemühungen, einen Waffenstillstand auszuhandeln und die zugrunde liegenden Ursachen des Konflikts anzugehen, wurden durch tiefsitzendes Misstrauen, politische Spaltungen und äußere Einflüsse behindert. Die Situation wurde durch den anhaltenden Ausbau der israelischen Siedlungen im Westjordanland noch komplizierter, die allgemein als völkerrechtlich illegal und als großes Hindernis für den Frieden angesehen werden.

In den letzten Jahren haben sporadische Gewaltausbrüche, darunter Zusammenstöße an der Grenze zum Gazastreifen und Angriffe auf israelische Zivilisten, die Spannungen weiter angeheizt und die Bemühungen um eine Verhandlungslösung untergraben. Trotz gelegentlicher diplomatischer Initiativen und Friedensgespräche bleiben die Aussichten auf eine umfassende Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gering, da beide Seiten in ihren Positionen verharren und keinen klaren Weg nach vorne erkennen.

Die internationale Gemeinschaft, darunter auch die Vereinten Nationen, hat wiederholt eine friedliche Lösung des Konflikts auf der Grundlage der Grundsätze des Völkerrechts, der gegenseitigen Anerkennung und der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels gefordert. Um eine solche Lösung zu erreichen, sind jedoch mutige Führung, Kompromisse und die Verpflichtung aller Beteiligten zum Dialog und zur Versöhnung erforderlich. Bis dahin dürfte der Kreislauf aus Gewalt und Leid anhalten, mit verheerenden Folgen für Israelis und Palästinenser gleichermaßen.

Reaktionen internationaler Organisationen

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen sind seit seinem Beginn aktiv an der Bewältigung des israelisch-palästinensischen Konflikts beteiligt. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat haben zahlreiche Resolutionen verabschiedet, die eine Zwei-Staaten-Lösung, ein Ende der Gewalt und die Anerkennung der Rechte sowohl von Israelis als auch von Palästinensern fordern. Die Vereinten Nationen haben außerdem Friedensmissionen und humanitäre Organisationen entsandt, um den betroffenen Bevölkerungsgruppen Hilfe zu leisten.

Europäische Union

Die EU fordert stets eine Verhandlungslösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt auf der Grundlage des Prinzips, dass zwei Staaten in Frieden und Sicherheit Seite an Seite leben. Die EU leistet finanzielle Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde und unterstützt Projekte zur Förderung des Dialogs, der Aussöhnung und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Die EU hat außerdem die von beiden Parteien begangene Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verurteilt und die Achtung des Völkerrechts gefordert.

NATO

Die Haltung der NATO zum israelisch-palästinensischen Konflikt besteht in erster Linie darin, diplomatische Bemühungen um eine friedliche Lösung zu unterstützen. Während die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Besorgnis über die Situation zum Ausdruck bringen und die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte fordern, greift die NATO selbst nicht direkt in den Konflikt ein. Stattdessen konzentriert sich die NATO auf die Förderung von Sicherheit und Stabilität in der weiteren Mittelmeerregion, in der der Konflikt stattfindet, durch Initiativen wie den Mittelmeerdialo und maritime Sicherheitsoperationen. Insgesamt ist das Engagement der NATO im israelisch-palästinensischen Konflikt begrenzt, sie engagiert sich jedoch weiterhin für die Bewältigung regionaler Sicherheits Herausforderungen und unterstützt diplomatische Initiativen, die auf eine friedliche Lösung abzielen.

4. Probleme und Lösungsansätze

1-) Auswirkungen auf die Einwohner

Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und Palästina hat zu Zwangsvertreibungen geführt, bei denen Millionen Menschen ihre Heimat verlassen mussten. Die Unfähigkeit, einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, und die Angriffe auf Siedlungen haben die sichere Evakuierung von Zivilisten zu einer entscheidenden Priorität gemacht. Humanitäre Korridore spielen eine entscheidende Rolle bei der Erleichterung der sicheren Ausreise kriegsgeschädigter Bevölkerungsgruppen aus der Region, bei der Wiedervereinigung gefährdeter Gruppen mit humanitärer Hilfe und bei der Bereitstellung sozialer Dienste. Der Beruf der Sozialarbeit spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung des Wohlergehens und der sozialen Funktionsfähigkeit der Einwandererbevölkerung und der Minimierung kriegsbedingter Menschenrechtsverletzungen.

Ziel dieser Studie ist es, die Zwangsmigration infolge des Israel-Palästina-Konflikts im Kontext humanitärer Korridore und der Disziplin Sozialarbeit zu bewerten. Das Social Service Network for Peace wurde gegründet, um Studien zum Schutz und zur Stärkung der vom Israel-Palästina-Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen durchzuführen. Dieses Netzwerk koordiniert Fachkräfte und Gemeinschaften, um auf

die Bedürfnisse gewaltsam vertriebener Flüchtlinge zu reagieren und der verbleibenden Bevölkerung im Land zu helfen.

Es wird erwartet, dass diese Studie Aufschluss über die Praktiken aller im Bereich der humanitären Hilfe tätigen Fachkräfte gibt, insbesondere der im Bereich Migration tätigen Sozialarbeiter. Die Menschen in den vom Konflikt betroffenen Gebieten Palästinas benötigen dringend lebensnotwendige Güter wie Nahrung, Wasser, Bargeld und psychosoziale Unterstützung. Im Westjordanland versammeln sich Familien in Notunterkünften, wo sie sich nach der Flucht ausruhen können, während sie auf die Weiterreise in den Westen oder in andere Länder warten. Manche entscheiden sich dafür, abzuwarten, was die Zukunft bringt, zumindest bis sie nach Hause zurückkehren können. Da Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren rekrutiert werden, sind die meisten Vertriebenen Frauen und Kinder. Männer müssen sich von ihren Familien verabschieden und Frauen und Kinder einer höchst ungewissen Zukunft gegenübersehen.

2-) Friedensbemühungen und Einigungsversuche

Die Bemühungen um Frieden und die Förderung der Einheit zwischen Israel und Palästina dauern seit Jahrzehnten an und sind durch zahlreiche Initiativen, Verhandlungen und Vereinbarungen gekennzeichnet. Trotz Rückschlägen und Herausforderungen haben verschiedene Akteure, darunter internationale Organisationen, Nachbarländer und Basisbewegungen, kontinuierlich versucht, die Kluft zu überbrücken und eine dauerhafte Lösung für den Konflikt zu finden.

Einer der frühesten Friedensversuche war das Oslo-Abkommen, das in den 1990er Jahren zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichnet wurde. Diese Abkommen zielten darauf ab, einen Rahmen für die palästinensische Selbstverwaltung zu schaffen und den Weg für eine Verhandlungslösung zu ebnen, die zur Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels führen würde. Das Versäumnis, zentrale Themen wie Grenzen, Jerusalem und Flüchtlinge anzugehen, führte jedoch letztendlich zu einem Vertrauensverlust und erneuter Gewalt.

Nachfolgende Bemühungen, wie der Camp-David-Gipfel im Jahr 2000 und die Annapolis-Konferenz im Jahr 2007, zielten darauf ab, den Friedensprozess wiederzubeleben und ungelöste Probleme anzugehen. Diese Initiativen scheiterten jedoch aufgrund tiefsitzenden Misstrauens, konkurrierender Narrative und der Unfähigkeit, in Kernfragen eine gemeinsame Basis zu finden.

In den letzten Jahren haben regionale Dynamiken die Friedensbemühungen beeinflusst, wobei Initiativen wie die Arab Peace Initiative normalisierte Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten im Austausch für ein umfassendes Friedensabkommen mit den Palästinensern anboten. Die Normalisierungsabkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Ländern im Jahr 2020 stellten eine bedeutende Entwicklung dar, ohne jedoch den zugrunde liegenden israelisch-palästinensischen Konflikt direkt anzugehen.

Internationale Organisationen; wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union; haben eine entscheidende Rolle bei der Erleichterung von Friedensgesprächen, der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Unterstützung vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Israelis und Palästinensern gespielt. Bemühungen, das Vertrauen wiederherzustellen und den Dialog an der Basis durch Initiativen von Mensch zu Mensch, gemeinsame Wirtschaftsprojekte und kulturellen Austausch zu fördern, trugen ebenfalls maßgeblich zur Förderung von Verständnis und Versöhnung bei.

Trotz dieser Bemühungen bleibt der Weg zum Frieden voller Herausforderungen, darunter anhaltende Gewalt, Siedlungserweiterung und politische Spaltungen zwischen palästinensischen Fraktionen. Das Fehlen nennenswerter Fortschritte bei Kernthemen wie Grenzen, Siedlungen und dem Status Jerusalems beeinträchtigt weiterhin die Aussichten auf ein umfassendes Friedensabkommen.

Dennoch bleibt die Entschlossenheit von Einzelpersonen, Gemeinschaften und internationalen Interessengruppen, Frieden und Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern anzustreben, unerschütterlich. Auch wenn der vor uns liegende Weg lang und beschwerlich sein mag, geht das Streben nach Frieden und Einheit in der Region weiter, angetrieben von dem gemeinsamen Streben nach einer Zukunft in Sicherheit, Würde und Wohlstand für alle.

5. Punkte zur Diskussion

- Wie soll der generelle Frieden in Palästina sichergestellt werden?
- Sollen die Vereinten Nationen etwas gegen Israel unternehmen?
- Wie können die Lebensbedingungen der Palästinenser verbessert werden?
- Wie kann die Weltöffentlichkeit auf die Situation in Palästina aufmerksam gemacht werden?
- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Sicherheitsprobleme weltweit zu lösen?
- Wie können die Staaten das Bewusstsein gegen Kriege in der Gesellschaft anbauen?
- Wie können die Staaten die Frauen und Kindern, die vom Krieg betroffen sind, helfen?

6. Glossar

-e Grenze: Geländestreifen, der politische Gebilde (Länder, Staaten) voneinander trennt

-e Friedensbemühung: Als Friedensbewegung bezeichnet man soziale Bewegungen, die Kriege, Kriegsformen und Kriegsrüstung aktiv und organisatorisch verhindern und den Krieg als Mittel der Politik ausschließen wollen.

-e Evakuierung : Als Evakuierung wird das Räumen von Gebieten bezeichnet. Meist findet sich der Begriff im Zusammenhang mit Gefahrenstellen wie Katastrophengebieten, zum Beispiel Überschwemmungen, Bränden oder Bombenalarmen.

-e Zivilbevölkerung: Derjenige Teil der Bevölkerung, der nicht den regulären oder irregulären Streitkräften der in einem bewaffneten Konflikt beteiligten Konfliktparteien angehört und der keines der Erkennungszeichen dieser Streitkräfte benutzt.

-e Deeskalation: Deeskalation ist im Konfliktmanagement eine Strategie, Konflikte oder Gewalt stufenweise abzubauen oder zu verhindern. Gegensatz ist die Eskalation.

-r Gasstreit: Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine ist ein jahrzehntelanger Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der sich um Fragen der Gasversorgung der Ukraine und des Transits nach Europa dreht.

-s Assoziierungsabkommen: Assoziierungsabkommen sind internationale Abkommen, in denen sich der Vertragspartner an eine internationale oder supranationale Gemeinschaft bindet, aber kein (Voll-)Mitglied der Gemeinschaft ist und Rechte und Pflichten auf den jeweiligen Partner übertragen werden.

-e Souveränität: Souveränität oder Beherrschung ist die Macht, über ein Stück Land oder Raum zu herrschen, und die Macht, Gesetze zu schaffen. Diese Macht drückt einen legalisierten oberen Willen aus, der von der politischen Macht auferlegt wird. Souveränität bezieht sich auch auf alle Befugnisse eines Staates über sein Territorium und seine Staatsangehörigen.

-r Waffenstillstand: Waffenstillstand oder Waffenstillstandsabkommen ist das endgültige Waffenstillstandsabkommen, eine Abrüstung, die Konflikte in Kriegen beendet. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands wird ein Friedensvertrag unterzeichnet, in dem die Fragen, insbesondere die territorialen Forderungen, gelöst oder geregelt werden.

7. Quellenverzeichnis

- “2021 Israel–Palestine Crisis.” *Wikipedia*, Wikimedia Foundation, 27 Mar. 2024, en.wikipedia.org/wiki/2021_Israel%E2%80%93Palestine_crisis.
- “The History behind Tensions between Israelis and Palestinians.” *NPR*, NPR, 16 May 2021, www.npr.org/2021/05/16/997259390/the-history-behind-tensions-between-israel-palestine.
- *History of the Israeli-Palestine Conflict: A Chronology - The ...*, www.washingtonpost.com/world/2023/israel-palestine-conflict-timeline-history-explained/. Accessed 31 Mar. 2024.
- *Israel and Palestinian War: What You Need to Know Right Now*, www.usnews.com/news/world/articles/2023-10-08/israel-and-palestinian-war-what-you-need-to-know-right-now. Accessed 31 Mar. 2024.
- “Two-State Solution: Biden’s Fresh Push to Solve the Israel-Gaza Conflict.” *The Guardian*, Guardian News and Media, 10 Feb. 2024, www.theguardian.com/world/2024/feb/10/us-biden-two-state-solution-explained-israel-palestine.
- “What Are the Roots of the Israel-Palestine Conflict?” *The Guardian*, Guardian News and Media, 16 Nov. 2023, www.theguardian.com/world/2023/nov/09/why-israel-palestine-conflict-history.